

Die Regionen bleiben am Tropf der EU

In vielen Teilen Europas ist die Strukturschwäche überwunden und der Wohlstand wächst. Die EU-Kommission will bei der Regionalförderung trotzdem nicht sparen.

Ruth Berschens
Brüssel

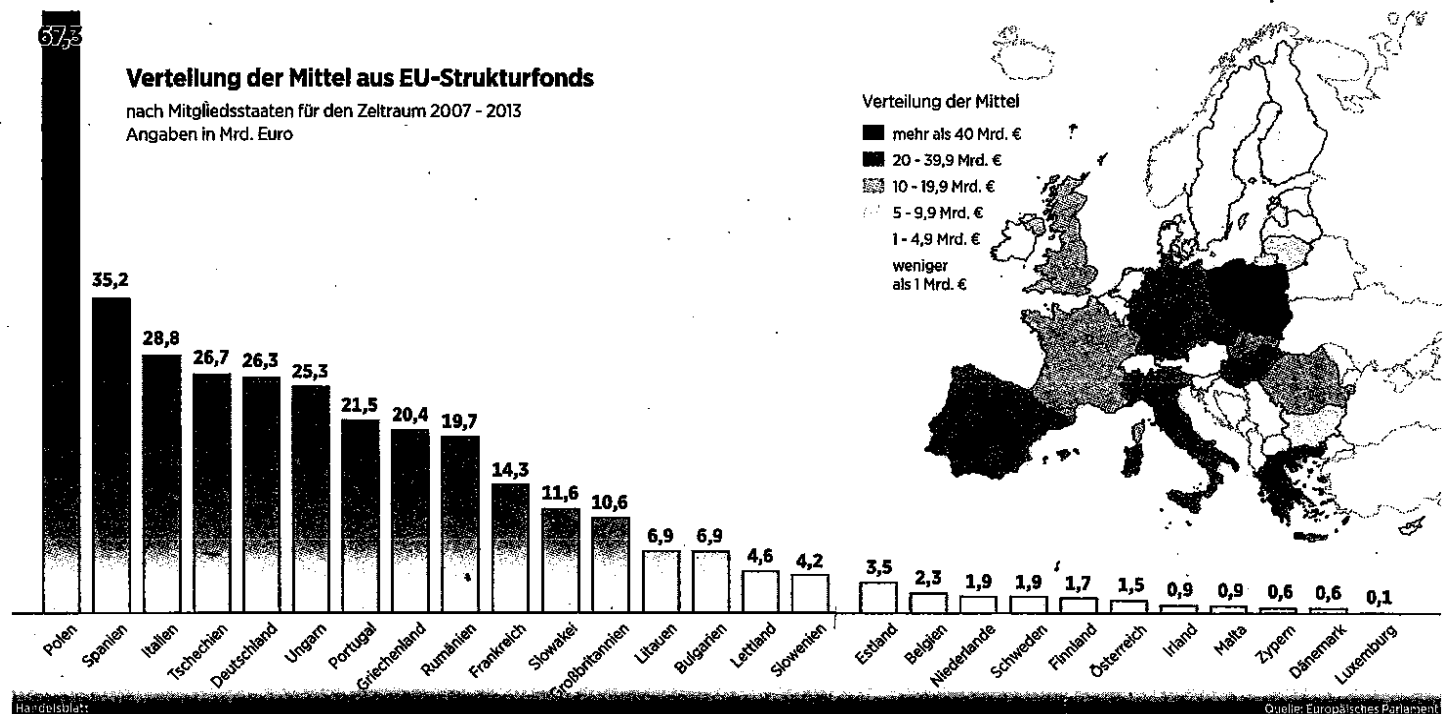
Johannes Hahn hat es leicht: Als EU-Kommissar für Regionalpolitik kann er tagtäglich gute Nachrichten verbreiten. Dank der vielen Fördermilliarden aus Brüssel nimmt der Wohlstand in Europas Problemgebieten stetig zu. „Für 35 Millionen Menschen hat sich der Lebensstandard deutlich verbessert“, freut sich Hahn. In Polen, Ostdeutschland und Spanien geht es besonders zügig aufwärts. Dort wird es bald kaum noch strukturschwache Regionen geben, denn das Pro-Kopf-Einkommen überschreitet den maßgeblichen Schwellenwert von 75 Prozent des EU-Durchschnitts nun fast überall.

Wo weniger Armut ist, muss die EU nicht mehr so viel helfen. Das meint jedenfalls Europaparlamentarier **Markus Pieper** - und schlägt für die nächste EU-Finanzperiode Kürzungen vor. „Von 2014 bis 2020 kann die EU bei der Regionalpolitik problemlos 20 bis 30 Milliarden Euro einsparen“, meint der CDU-Politiker, der in der EU-Volksvertretung federführend für Regionalpolitik zuständig ist. Doch sein Parteilfreund Hahn denkt gar nicht daran. Er will die „jetzige Größenordnung von rund 350 Milliarden Euro“ in der nächsten siebenjährigen Finanzperiode „zumindest halten“.

Nicht Opfer des eigenen Erfolgs werden

Bei steigendem Wohlstand ist das gar nicht so einfach. Schließlich erfüllen immer weniger Regionen die Brüsseler Förderkriterien. In der laufenden EU-Finanzperiode von 2007 bis 2013 gibt es 84 Regionen mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 75 Prozent des EU-Durchschnitts mit Anspruch auf Höchstfördersätze aus dem EU-Haushalt. Ab 2014 werden es nur noch 68 Regionen sein.

Hahns Beamte in der Brüsseler Generaldirektion Regionalpolitik wollen aber nicht Opfer des eigenen Erfolgs werden. Deshalb erfanden sie einfach eine neue Förderkategorie: Subventionen sollen ab 2014 dauerhaft auch in jene Regionen fließen, wo das Pro-Kopf-Einkommen zwischen 75 und 90 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Das sind



EU-FÖRDERKATEGORIEN

Derzeitige Regelung Die armen Regionen erhalten Höchstsätze aus den EU-Strukturfonds. Steigt das Pro-Kopf-Einkommen über 75 Prozent des EU-Durchschnitts, dann sinkt die Förderung langsam ab - das sogenannte Phasing-out. Die wohlhabenden Wettbewerbsregionen erhalten Zuschüsse für innovative Projekte.

Neue Regelung Nun soll eine neue Kategorie für die Übergangsregionen mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 75 bis 90 Prozent des EU-Durchschnitts entstehen.

eine ganze Menge, darunter Korsika, Sardinien, die Algarve oder Cornwall. Auch Regionen, die nie zuvor als strukturschwach galten, würden an den Brüsseler Subventionstropf gehängt. In Frankreich entstünden zehn neue Förderregionen, in Belgien weitere vier. Kostenpunkt nach Angaben der EU-Kommission: rund zehn Milliarden Euro.

Die Großzügigkeit des Brüsseler Regionalkommissars löst andernorts Irritationen aus. Deutschland kündigte bereits Widerstand

an. „Diese Regelung ist für Ostdeutschland nicht sehr attraktiv“, sagt ein EU-Diplomat. Die ostdeutschen Bundesländer haben kräftig aufgeholt und gelten ab 2014 nicht mehr als strukturschwach. Deshalb werden die Subventionen aus den EU-Regionalfonds für die neuen Länder ab 2014 schrittweise gekürzt. „Wenn gleichzeitig mit einer neuen Förderkategorie neue Empfängerregionen dazu kommen, bleibt für Ostdeutschland zu wenig übrig“, heißt es in deutschen Regierungskreisen.

Neue Förderung ist „überflüssig“

Unterstützung bekommt Hahn noch nicht einmal aus den EU-Staaten, die von seiner Idee am meisten profitieren würden. So äußerte sich Frankreich im EU-Ministerrat bisher nicht zu diesem Thema. Der konservative Staatspräsident Nicolas Sarkozy hat womöglich nicht viel Interesse daran, dass Brüssel die französische Provinz finanziell aufpäpelt. Schließlich werden fast alle französischen Regionen von den gegnerischen Sozialisten regiert - und der französische Präsidentschaftswahlkampf steht vor der Tür.

Harsche Kritik muss sich Hahn vom federführend für Regionalpolitik zuständigen Eu-

ropaabgeordneten Pieper anhören. Er hält Hahns „neue Zwischerkategorie“ schlicht für „überflüssig“. Noch vor sechs Jahren habe die Kommission sich das Ziel gesetzt, die Regionalförderung „auf die Schwächsten zu konzentrieren“. Nun komme die Kehrtwende, und das Geld solle breitflächig verteilt werden. „Da soll ein Flickenteppich an Förderregionen entstehen, der ökonomisch keinerlei Sinn macht“, klagt Pieper.

Kosten genauer untersuchen

Mit seinem kategorischen Nein wird sich der CDU-Mann in der EU-Volksvertretung allerdings nicht durchsetzen können. Zwar sehen auch Teile der Liberalen und der Sozialisten Hahns Vorschläge kritisch. Sie streben allerdings eine Kompromisslösung an: Hahn soll seine neue Förderkategorie bekommen - allerdings nur befristet auf die nächste Finanzperiode bis 2020. „Die Wirtschaftskrise macht vielen Regionen zu schaffen. Deshalb ist das gerechtfertigt“, meint Sozialdemokratin Constanze Krehl. Eine Lösung in dieser Art kann sich auch die liberale finnische Abgeordnete Riiikka Manner vorstellen. „Aberdings muss die Kommission die Kosten noch genauer untersuchen“, meint die Finnin.